

Scharfe Kritik an Pilotprojekt gegen Wirtschaftskriminalität

Utl: Studie der Stiftung Pro Justitia sieht staatlichen Anreiz zur Denunziation

Karlsruhe (AP) Die Stiftung Pro Justitia hat die Einstellung eines Pilotprojekts des Landes Niedersachsen gegen Wirtschaftskriminalität gefordert. Das vom niedersächsischen Landeskriminalamt (LKA) eingerichtete anonyme Meldeverfahren für wirtschaftskriminelle Taten sei ein staatlicher Anreiz zur Denunziation, heißt es in einer von der Stiftung in Auftrag gegeben Studie, die am Mittwoch in Karlsruhe vorgestellt wurde. Das LKA in Hannover wies die Vorwürfe zurück.

Laut der Untersuchung des Instituts für Rechtstatsachenforschung und Kriminalpolitik der Universität Bielefeld kam es bei 185 Verfahren, die auf Grund von Anzeigen eingeleitet wurden, nur in einem Fall zu einer Verurteilung. 90 Prozent der Fälle seien mangels Anhaltspunkten für eine Straftat eingestellt worden. Oft seien gar keine Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Die Betroffenen hätten aber in vielen Fällen durch Hausdurchsuchungen und Befragungen schwere Nachteile gehabt. Selbst wenn nachträglich ein Verdacht verneint werde, würden die Daten in bei den Staatsanwaltschaften gespeichert und auf Anfrage zahlreichen nationalen und europäischen Einrichtungen zur Verfügung gestellt, kritisierten die Autoren der Studie.

Das niedersächsische LKA erklärte dagegen, man könne die Studie nicht nachvollziehen. Die Autoren hätten nicht alle Hinweise und daraus ergebenden Ermittlungsverfahren untersucht. 143 Verfahren hätten ihnen gar nicht zur Verfügung gestanden. Das LKA räumte ein, dass es grundsätzliche Probleme bei der Bewertung von anonymen Hinweisen gebe. Die Erlangung von Hinweisen sei aber auch ein Hauptproblem bei der Korruptionsbekämpfung, hieß es in einer auf der Website der Behörde veröffentlichten Mitteilung.

Der Stiftung Pro Justitia gehört unter anderem die FDP-Rechtspolitikerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger als Beirätin an.

<http://www.lka.niedersachsen.de/>